

betreffend dringender Handlungsbedarf wegen der unsicheren Finanzierungslage der Universität Basel

Nachdem die Universität Basel im Budget 2024 Reserven im Umfang von 53,9 Mio. Franken einsetzen muss, um steigende Kosten und einer Tarifiereduktion der Zahlungen von Studierenden aus anderen Kantonen verkraften zu können, drohen jetzt auch Politikerinnen und Politiker des Kantons Basel-Landschaft, die Mitträgerschaft der Universität Basel zu kündigen oder den Vertrag neu verhandeln zu wollen. Dieses Verhalten ist stark irritierend. Nachdem der Regierungsrat Basel-Landschaft im Mai 2021 den Medien ein «Neues Kapitel für die bikantonale Partnerschaft und für die Universität Basel» verkündet hatte und von einem «Bekenntnis beider Trägerkantone zu einer ausgewogenen Partnerschaft und einer zukunftsfähigen Universität» die Rede war, klingt es jetzt seitens einiger politischer Parteien aus Basel-Landschaft anders.

Basel-Stadt ist dem Partnerkanton enorm entgegengekommen, indem ein neues Finanzierungsmodell auf der Basis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die vorher partnerschaftliche Finanzierung ablöst. Das führt zu einer Mehrbelastung des Stadtkantons und zu einer Entlastung von Basel-Landschaft, obwohl an der Universität Basel deutlich mehr Studierende aus dem Nachbarkanton eingeschrieben sind.

Das Verhalten von Baselbieter Politik-Exponentinnen und Exponenten erinnert an die Redensart: «Man gibt den kleinen Finger und er nimmt die ganze Hand». Dieser Tendenz gilt es, rasch und entschlossen entgegen zu wirken.

Der Universität Basel drohen Leistungsabbau und Qualitätsverlust. Nachdem die Vorgänger der aktuellen basellandschaftlichen Bildungsdirektorin die Partnerschaft während zwei Jahrzehnten wesentlich vorangetrieben hatten und so der Universität qualitatives wie quantitatives Wachstum ermöglicht wurde, drohen jetzt Stillstand, Abbau und Qualitätsverlust. Verstärkt wird die Bedrohung für die Universität durch die Ankündigung des Bundes, deutlich weniger Beiträge leisten zu wollen, und durch die schwindenden Reserven aufgrund des Budgets des laufenden Jahres

Gefordert sind der Regierungsrat und der Universitätsrat. Es braucht unverzüglich Gespräche mit der Regierung des Partnerkantons. Beide Gremien müssten mit Blick auf mögliche Szenarien der Perpetuierung der Unterfinanzierung alarmiert sein.

In diesem Zusammenhang bitte ich in Sorge um die prosperierende Zukunft der Universität Basel den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erkennt der Regierungsrat durch die diversen Äusserungen von Parteivertreterinnen und -vertretern aus Basel-Landschaft eine Gefahr für die künftige Finanzierung der Universität Basel?
2. Ist der Regierungsrat bereit unverzüglich Gespräche mit dem Regierungsrat Basel-Landschaft aufzunehmen, um eine offizielle Haltung zu dieser Thematik einzuholen?
3. Ist dem Regierungsrat klar, dass die angestrebte Planungssicherheit der Universität bereits durch die Auflösung von Reserven massgeblich beeinträchtigt ist und durch diese jüngsten öffentlichen Verlautbarungen aus dem Nachbarkanton auch die Hoffnung schwindet, künftig diese Mittel zurückerstattet zu erhalten?
4. Ist der Regierungsrat bereit, den Partnerkanton in aller Deutlichkeit auf seine Verpflichtungen hinzuweisen, den im Jahr 2021 abgeschlossenen Universitätsvertrag einzuhalten und dies auch zu kommunizieren?
5. Ist der Regierungsrat bereit, die Regierung von Basel-Landschaft zu bitten, dem Landrat den Nutzen dieser Universität auch für den eigenen Kanton zu schildern, weil ganz offensichtlich einige Politik-Exponenten diesen nicht erkennen?
6. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die Universität Basel für die nächste Leistungsauftragsperiode ab 2026 mit Blick auf das strukturelle Defizit von mehr als 50 Millionen Franken pro Jahr markante Beitragserhöhungen beider Trägerkantone erhalten muss, um nicht Leistungsabbau gröberer Art betreiben zu müssen?
7. Erkennt der Regierungsrat die Risiken, die durch einen potenziellen finanziell begründeten Abbau der Tätigkeitsfelder der Universität Basel für die Stärke des Wirtschaftsstandorts eintreten könnten?
8. Was tun die Regierungen beider Trägerkantone gemeinsam, um der bei den mehr als 6000 Mitarbeitenden der Universität Basel durch die Unterfinanzierung entstandenen Verunsicherung entgegen zu wirken?

Annina von Falkenstein